

## Spaltung der New Aspiration Party

Ein Machtkampf zwischen Generalsekretär Snoh Thienthong und dem ehemaligen Premierminister Chavalit Yongchaiyudh hat im April 1999 zur Spaltung der New Aspiration Party geführt. Snoh wurde von einer Parteiver-sammlung abgesetzt und machte daraufhin seine Drohung wahr, mitsamt der sogenannten Wang Nam Yen-Fraktion (36 Parlamentsabgeordnete) die Partei zu verlassen. Obwohl Chavalit zunächst siegreich blieb und die Parteiführung zurückgewann (der Posten des Generalsekretärs ging an einen jungen Parlamentsabgeordneten namens Chaturon Chaisaeng), schmälert der Austritt der Snoh-

Fraktion seine Chancen auf ein Comeback als Premierminister bei den nächsten Parlamentswahlen. Snoh war mit seiner Fraktion zur New Aspiration Party gestoßen, nachdem er die Chart Thai Partei verlassen hatte. Damit hatte er Chavalit damals ermöglicht, den langgehegten Traum zu verwirklichen, Premierminister zu werden.

Der erfahrene Politiker Snoh hat angekündigt, demnächst eine neue Partei zu gründen. Er ist nun auf der Suche nach einem geeigneten Vorsitzenden, der nach seinen Vorstellungen der nächste Premierminister werden soll. Es ist allerdings auch möglich, daß Snoh mitsamt seiner Anhänger von ei-

ner der bestehenden Parteien angeworben wird.

Derweil sind zwischen der Chart Thai Partei und der Chart Patthana Partei, die sich vor sieben Jahren von Chart Thai abgespalten hatte, Gespräche über einen eventuellen Zusammenschluß beider Parteien in Gange. Der Generalsekretär der Chart Phatthana Partei, Suwat Liptapallop, sagte, eine wiedervereinigte Partei sei ein Hauptkandidat für die Führung der nächsten Regierung. Ach sei es für das Land besser, wenn es eine geringere Zahl größerer Parteien gäbe, da dies zu mehr Stabilität führe.

vgl. *The Nation Online Edition*, 23.4.99, 7.5.99; *BP Week in Review* 11.-17.4.99; 25.4-1.5.99

## Gescheitertes Mißtrauensvotum

Ein Mißtrauensvotum der Opposition gegen drei Minister der Demokratischen Partei ist Ende Januar an der Mehrheit der Koalitionsabgeordneten gescheitert. Die Opposition hatte Finanzminister Tarrin Nimmanhaeminda vorgeworfen, er habe zu große Nähe zum Internationalen Währungsfonds und verteidige nicht die thailändischen Interessen. Die Vorwürfe gegen Innenminister und Vizepremier Sanan Kachornprasart und Transport- und Kommunikationsminister Suthep Thueksuban lauteten

auf Korruption. Bei allen drei Ministern wurde der Antrag mit 251 zu 125 Stimmen abgewiesen. Die Regierungskoalition verfügt über 254 Parlamentsabgeordnete. Die New Aspiration Party versucht, gegen die beiden als korrupt bezeichneten Minister ein Amtsenthebungsverfahren anzustrengen, in dem die Kommission zur Korruptionsbekämpfung (Counter Corruption Commission) über die Vorwürfe zu befinden hat.

vgl. *BP Online* 27.1.99, 15.2.99; *BP Week in Review* 31.1.-6.2.99

## Konflikt um Ex-Diktator Thanom

Die Ernennung des 88-jährigen Ex-Diktators Thanom Kittikachorn zum Ehrenmitglied der Königlichen Garde verursachte heftige Proteste der Demokratiebewegung. Dem ehemaligen Premierminister wird vor allem seine Rolle bei der Niederschlagung der Protestbewegungen unbewaffneter Studenten im Oktober 1973 vorgeworfen.

Obwohl der Vorschlag aus dem Militär kam, erfolgte die Ernennung Thanoms durch Premierminister Chuan Leekpai, der gleichzeitig auch Verteidigungsminister ist. Angesichts der Proteste zog er sich auf die Position zurück, es handle sich um eine Entschei-

dung, die innerhalb des Militärs gefällt wurde und die er lediglich umgesetzt habe. Er bedauere, daß diese Entscheidung Unzufriedenheit ausgelöst habe, weigerte sich aber, sie zurückzunehmen.

Thanom und seine Familie versuchten, durch bisher geheime Dokumente nachzuweisen, daß er nicht für die Toten verantwortlich sei und keinerlei Schußbefehl gegeben habe. Da die Proteste anhielten, trat Thanom drei Tage nach der Ernennung von seiner Ehrenmitgliedschaft zurück. Es sei nicht seine Absicht, Konflikte in seinem Land zu stiften.

vgl. *BP Online* 26.3.99; *BP Week in Review* 21.-27.3.99; 28.3.-3.4.99

## Haushalt 2000 verabschiedet

Das Kabinett hat am 20. April 1999 den Haushalt für das fiskalische Jahr 2000 verabschiedet. Er sieht Ausgaben in Höhe von 860 Mrd. Baht vor, eine Steigerung gegenüber dem laufenden Haushalt um 4,2 Prozent. Die Einnahmen werden auf 750 Mrd. Baht geschätzt, so daß mit einem Defizit von 110 Mrd. Baht zu rechnen ist. Die Staatsausgaben zielen hauptsächlich auf eine Bekämpfung der adversen Effekte der gegenwärtigen Krise, eine Umstrukturierung der Wirtschaft und der Infrastruktur, eine Reform der öffentlichen Verwaltung und eine Stärkung von gesellschaftlichen Kräften und Potentialen im Sinne einer tragfähigen Entwicklung. Der Anteil des Investitionsfonds, mit dem die Wirtschaft stimuliert werden soll, ist mit 219 Mrd. Baht niedriger als in diesem Jahr. Die fixen Ausgaben, z.B. für die Gehälter der Staatsbediensteten, belaufen sich im neuen Budget auf 43,8 Prozent, so daß für Entwicklungsmaßnahmen i.w.S. nur noch ein Anteil von 56,2 Prozent zur Verfügung steht. Der größte Einzelhaushalt ist der Bildungsbereich mit 222 Mio. Baht.

vgl. *BP Online*, 20.4.99, 21.4.99

# nachrichten

## Bauernproteste

Thailändische Bauern, besonders aus dem Nordosten des Landes, führten mehrere Protestdemonstrationen durch, um auf ihre schwierige Lage aufmerksam zu machen und gegen die Regierungspolitik zu demonstrieren.

Im Februar versammelten sich mehrere Tausend Bauern aus dem Nordosten vor dem Sanam Luang in Bangkok. Asoke Prasansorn, der Vorsitzende der *Thai Farmers Group*, sagte: »Wir wollen, daß die Regierung den Bauern hilft, ihre Schuldenprobleme zu lösen.« Viele Bauern sind wegen Wasserknappheit vom Verlust ihrer Ernten bedroht. Die Demonstranten kehrten in den Nordosten zurück, nachdem die Regierung ein einjähriges Schuldenmoratorium für die am stärksten betroffenen Bauern in Aussicht gestellt hatte.

Am 6. Mai sperrten protestierende Bauern den Zugang zur nordostthailändischen Filiale der *Bank of Thailand* in Khon Kaen, um gegen die Regierungspolitik bezüglich der Verschuldung zahlreicher Bauern und niedriger Erzeugerpreise zu protestieren. Die Demonstranten der Organisationen *Assembly of Northeastern Farmers*, *Forum of the Poor* und *Northeastern People's United Front Coordinating Committee* hatten bereits seit mehreren Tagen vor öffentlichen Gebäuden protestiert, dabei aber kein Echo von Seiten der Regierung gefunden. Die Blockade der Zentralbankfiliale sorgte für Bargeldmangel bei vielen Privatbanken. Weitere Blockaden von Bahnhöfen, Flughäfen und Rathäusern sollen folgen.

vgl. *BP Week in Review* 31.1.-7.2.99; 7.-13.2.99; *BP Online* 7.5.99

# nachrichten

## IWF gibt Fehler zu

Der IWF hat Fehler in seinem Thailand-Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise eingeräumt. In einem internen Bericht wurde dargelegt, daß die Probleme in Thailand fehlinterpretiert wurden. Die Lage wurde wissentlich zu optimistisch beurteilt, um die damalige Chavalit-Regierung nicht in Unruhe zu bringen. Das Resultat war eine unzureichende Reaktion seitens der Politik, die zu spät, zu langsam und nicht gründlich genug erfolgte. Premierminister Chuan Leekpai stimmte dem IWF-Bekenntnis zu und lobte dessen Selbstkritik.

vgl. BP The Week in Review, 17.-23.1.99

## »Thai love Thai«-Kampagne

Die »Thai love Thai«-Kampagne von Phra Maha Bua Yanasampanno, einem Mönch aus Udorn Thani, der nach Ausbruch der Währungs- und Spendenkrise für die Nation aufgerufen hatte, zeigt große Erfolge. Der verehrte Mönch forderte von den Bürgern ein freiwilliges Solidaritätsoffer von einem US-Dollar zur Aufbesserung der Staatsfinanzen und rief darüber hinaus zum Stiften von Gold, Schmuck und anderen Kostbarkeiten auf. Innerhalb eines Jahres sammelte er über eine Tonne Gold im Wert von 5,8 Mio. US-Dollar und drei Mio. US-Dollar Bargeld. Die Spenden, die der 87-jährige Mönch vor kurzem der thailändischen Zentralbank übergab, belaufen sich auf insgesamt 13 Mio. US-Dollar.

vgl. BP The Week in Review, 2.-8.5.99

## Auswirkungen der Rezession

Nach neuesten Berechnungen der nationalen Planungsbehörde (National Economic and Social Development Board) schrumpfte die thailändische Wirtschaft im letzten Jahr um 8 %. 12.200 Unternehmen wurden 1998 Opfer der Rezession. Die Inflation lag ziemlich exakt bei den vom IWF prognostizierten 8 %. Die Lebensmittel- und Getränkepreise stiegen durchschnittlich um 9,6 %, während sich die nicht ernährungsrelevanten Produkte gegenüber dem Vorjahr um 7,3 % verteuerten. Bei den Exporten wurde eine Rekorderneuerung von 2,24 Billio-

nen thailändische Baht erzielt, eine Steigerung um 24 % gegenüber 1997. Die Exporterlöse von in Thailand hergestellten Fahrzeugen (Pkws, Pickup) stiegen sogar um 60 %. Der konjunkturbedingte Rückgang der Inlandsnachfrage konnte dadurch kompensiert werden.

Die Rezession strahlt aber auch zurück auf das soziale Gehäuse des Landes, so die Weltbank. Sie bedrohe die traditionellen thailändischen Werte und den sozialen Zusammenhalt. In einem neuen Bericht über die Situation der Kinder in Thailand heißt es: Mehr

Kinder wurden von notleidenden Familien vernachlässigt, die Anzahl der Schulabbrecher stieg, Kinderarbeit und Kinderprostitution sind auf dem Vormarsch und die Kinder sind stärker als zuvor in Selbstmorden, kriminellen Handlungen und Drogendelikten involviert.

vgl. BP The Week in Review, 3.-9.1.99, 17.-23.1.99, 24.-30.1.99, 11.-17.4.99

## Neue Prognosen zur Wirtschaft

Thailand hat den Tiefpunkt immer noch nicht erreicht. Die Regierung rechnet nun damit, daß die Wirtschaft in der 2. Jahreshälfte wieder in Schwung kommen wird. Für das gesamte Jahr wird mit einem Wachstum von 1 % gerechnet. Die Vorhersage impliziert allerdings einen Erfolg des 130-Mrd.-Baht-Programms zur Ankurbelung der Wirtschaft (siehe Absichtserklärung an den IWF) und ein Exportwachstum von 4 %, das gegenwärtig nicht erreicht wird. Auch der IWF sagt ein Wachstum von 1 % in diesem und 3 % im nächsten Jahr voraus. Etwas pessimistischer fällt die Einschätzung der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) aus, die für Thailand 1999 ein Nullwachstum und eine Preissteigerung von 3 % prognostiziert. Die thailändische Volkswirtschaft sei zwar stabil, aber (noch) nicht auf Wachstumskurs, lautet die jährliche Vorhersage der ADB. Für das Jahr 2000 wird ein Wachstum von 2,5 % erwartet.

vgl. BP The Week in Review, 11.-17.4.99, 18.-24.4.99

## Gewissensfreiheit

Das Verfassungsgericht entschied im Februar, daß Parlamentsabgeordnete nicht an Weisungen ihrer Parteien gebunden sind. Die zwölf Dissidenten der Prachakorn Thai Partei, die gegen den Willen des Vorsitzenden Samak Sundaravej der Regierungskoalition beigetreten waren, können daher ihr Mandat auch nach dem Parteiausschlußverfahren behalten.

vgl. BP Week in Review 7.-13.2.99

## Absichtserklärung an den IWF

Eine Delegation des IWF hielt sich zu Anfang des Jahres zwei Wochen in Thailand auf, um die Wirtschaft und die Regierungspolitik zu begutachten. Die Mission mündete in die siebte Absichtserklärung (letter of intent) der thailändischen Regierung an den IWF (zu lesen unter: <http://www.imf.org>) mit der eine weitere Zahlung aus dem im Sommer 1997 ausgehandelten Beistandskredit in Höhe von 17,2 Mrd. US\$ verbunden ist. Das neue Unterstützungspaket erlaubt ein höheres Haushaltsdefizit (von jetzt 6 % des BSP) und beinhaltet zwei sogenannte Wohlfahrtsprogramme im Umfang von 53 Mrd. bzw. 27 Mrd. Baht, eine Senkung der Einkommenssteuer um zwei Prozentpunkte und der Mehrwertsteuer von 10 auf

7 % für die Dauer von zwei Jahren, eine Anhebung des Steuerfreibetrags auf 50.000 Baht im Monat sowie niedrigere Preise für Benzin, Kochgas und Elektrizität (etwa zehn Prozent). Das ehrgeizige Programm zur Konjunkturförderung mit einem Gesamtvolumen von 130 Mrd. Baht soll in erster Linie die schwache Inlandsnachfrage anregen. Für Unruhe sorgte eine geheime Zusatzvereinbarung mit dem IWF, dessen Inhalt auch auf vehementen Druck der Opposition nicht preisgegeben wurde. In der vertrauten Vereinbarung soll es um die Bankpolitik gehen.

vgl. BP The Week in Review, 7.-13.2.99, 14.-20.2.99, 21.-27.3.99, Homepage des IWF (<http://www.imf.org/external/np/loi/032399.htm>)

## Bankenkrise

Die Rekapitalisierung und Umstrukturierung des Bankensektors stellt sich schwieriger dar als erwartet. Vor allem fehlt es an Kapital, weil die Vermögenswerte der nationalen Banken weiter schwinden und die internationalen Banken im letzten Jahr einen großen Teil ihres Geldes aus Thailand abgezogen haben. Weniger als 15 Prozent der nicht- abgesicherten Kredite (non-performing loans) wurden bislang restrukturiert. Laut Angaben der Zentralbank (Bank of Thailand) belaufen sich die risikobehafteten Darlehen im Jahre 1998 auf 46 Prozent des

Kreditvolumens des gesamten Finanzsektors. Bei den fünf staatseigenen Banken beträgt der Anteil der gefährdeten Kredite sogar 62 Prozent. 90 Prozent der Darlehen fallen auf kleinere und mittlere Unternehmen, die die Kredite in guten Zeiten aufgenommen haben und jetzt oft nicht mehr in der Lage sind, sie zurückzahlen. Die Banken werden bei der Vergabe von Darlehen daher immer vorsichtiger, obwohl gerade die kleineren Unternehmen auf das Fremdkapital angewiesen sind.

vgl. BP The Week in Review, 14.-30.1.99, 28.2.-6.3.99, 7.-13.3.99

## Neue Wirtschafts-Gesetze

Die thailändische Regierung hat im Rahmen ihrer Reformanstrengungen zwei umstrittene Wirtschaftsgesetze auf den Weg gebracht: zur Errichtung eines Konkursgerichtes und zur Regelung von Konkursanmeldungen. Die Maßnahmen zielen in erster Linie auf eine Reform des angeschlagenen Finanzsektors. Sie sind Teil eines wirtschaftlichen Reformpakets, das aus elf Gesetzentwürfen besteht, die zusammen mit dem IWF ausgearbeitet wurden. Darüber hinaus wurde in letzter Lesung das Aus-

länderwirtschaftsgesetz (siehe **südostasien** Nr. 3/98, S. 34) mit 183:0 Stimmen verabschiedet. Finanzminister Tarrin Nimma-haenminda ist überzeugt davon, daß die neuen Gesetze die Liquiditätsprobleme des Finanzsektors lösen werden und die wirtschaftliche Lage verbessern. Heftige Kritik gab es von Seiten der Opposition und Teilen der Öffentlichkeit, die ein »Ausverkauf des Landes« befürchten. Eine ad-hoc-Koalition aus Senatoren, Akademikern und Aktivisten der Demokratiebewegung sprach

sich gegen das Insolvenzrecht aus. Sie kritisierten, daß das Gesetz ausländischen Investoren die Kontrolle über das nationale Vermögen ermöglicht. Die parlamentarische Opposition kündigte eine Verfassungsklage an. Die Börse reagierte positiv auf die Verabschiedung der Reformgesetze.

vgl. *BP The Week in Review*, 22.-28.11.1998, 29.11.-5.12.1998, 10.-

# nachrichten

16.1.99, 28.2.-6.3.99, 14.-20.3.99, 21.-27.3.99, 4.-10.4.99

## Alters-Versicherung

Für die rund 5,5 Mio. Mitglieder der Sozialversicherung wurden am 1.12.1998 eine Rentenversicherung und die Zahlung von Kindergeld eingeführt. Damit umfaßt der soziale Schutz der versicherten Arbeitnehmer nicht nur die Risiken Krankheit, Unfall, Invalidität, Mutterschaft und Tod, sondern reduziert auch in gewissem Umfang die alters- und familiärbedingten Belastungen. Versicherungspflichtig sind, wie bislang auch, alle privatwirtschaftlichen Betriebe mit mindestens zehn Beschäftigten.

Mitglieder bekommen 150 Baht Kindergeld je Kopf und Monat für die ersten zwei Kinder unter sieben Jahren die, wenn sie in den letzten 36 Monaten mindestens zwölf Monate Beiträge in die Sozialversicherung eingezahlt haben. Für die Altersversicherung qualifiziert man sich im Alter von 55 Jahren nach 15 Jahren Beitragszahlung. Die monatliche Pension beträgt mindestens 15 % des durchschnittlichen Monatseinkommens der letzten fünf Jahre. Bei einer Versicherungsdauer von länger als 15 Jahren

erhöht sie sich mit jedem Jahr der Mitgliedschaft um einen Prozentpunkt. Wer in den Fonds eingezahlt hat, aber keinen Anspruch auf eine Pension erwirbt, bekommt seine Beiträge rückerstattet.

Die zwei neuen Versicherungsarten werden durch monatliche Beiträge der Arbeitgeber (3 %) und Arbeitnehmer (1 % des Arbeitnehmerlohns) finanziert. Zur Abdeckung der anderen Risiken (Krankheit, Unfall etc.) steuern Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Regierung einen weiteren Prozentpunkt bei (siehe »Sozialpolitik im Zeichen der Finanzkrise«, in: **südostasien**, Nr. 2/98). Obwohl für die nächsten 15 Jahre keine Altersrenten ausbezahlt werden müssen, äußerte die Sozialversicherungsbehörde schon jetzt Zweifel an der langfristigen Finanzierbarkeit des Rentenversicherungssystems. Es wurde gar dessen Bankrott in 30 Jahren prophezeit, sofern sich die Einnahmeseite nicht verbessern sollte.

vgl. *BP Online*, 21.9., 6.12.1998, *BP The Week in Review*, 7.-13.2.99

## Nettoeinkommen

Eine Studie der Bank of Thailand kommt zu dem Ergebnis, daß das Nettoeinkommen in den letzten fünf Jahren gesunken ist. Zwar erhöhte sich 1993-98 das durchschnittliche Haushaltseinkommen um 15,1 % — aber der Konsumentenpreisindex, der die Lebenshaltungskosten wiedergibt, stieg im gleichen Zeitraum um 34,2 %. 1,6 Mio. Menschen sind von Arbeitslosigkeit

betroffen. Die Einkommenskluft zwischen Arm und Reich in Thailand ist gestiegen. Die nationale Planungsbehörde (NESDB) schätzt die Anzahl der Armen auf 7,9 Mio. (13 % der Bevölk.), diejenigen, die unterhalb der nationalen Armutsgrenze leben, auf 3,59 Mio.

vgl. *BP Online*, 10.4.99, *BP The Week in Review*, 21.-27.2.99, 1.5.99, 2.-8.5.99

## Proteste gegen Privatisierung

In Thailand mehren sich die Proteste gegen die geplanten Privatisierungen der staatseigenen Unternehmen. In letzter Zeit kam es zu großen Demonstrationen bei der Telefongesellschaft (Telephone Organisation of Thailand), der Energiebehörde (Electricity Generating Authority) und der Fluggesellschaft (Thai Airways International). Es wird vermutet, daß mit der Privatisierung der Unternehmen zahlreiche Mitarbeiter entlassen werden.

Der Zorn der Arbeiter und Angestellten der Electricity Generating Authority richtete sich

vor allem gegen den Verkauf des Ratchaburi Kraftwerks an ausländische Investoren. Die Gewerkschaft der Energiebehörde (EGAT workers union) organisierte Demonstrationen in Bangkok, an der mehrere tausend Beschäftigte der Energiebehörde teilnahmen. Die Demonstranten forderten den sofortigen Stopp der Privatisierungspläne. Die Proteste richteten sich auch gegen den IWF und die ausländische Konkurrenz. Es wurden weitere Kundgebungen angekündigt.

vgl. *BP Online*, 3.4.99; *BP The Week in Review*, 11.-17.4.99, 25.4.-

## Neues Programm zur Wirtschaftsförderung

Das Kabinett stimmte einem 53 Mrd. Baht-Programm (ein Prozent des BSP) zur Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsförderung im ländlichen Bereich zu. Das Programm wird von der Weltbank und Japan finanziert. Kurz nach Bekanntgabe des Programms entfachte ein Streit um die Verwendung der Mittel. Zahlreiche Ministerien und Regierungsbehörden meldeten ihre Ansprüche an, darunter auch das Militär. Das Innenministerium kündigte an, 16 Mrd. Baht in

kommunale Investitions- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu investieren. Für welche Projekte das Geld ausgegeben werden soll, war bis zuletzt unklar. Die Bevölkerung sollte bei der Implementierung der Projekte beteiligt werden, wurde aber selbst kaum informiert über Inhalt und Zweck des Programms. Es mehren sich die Zweifel, ob das Geld die Zielgruppen erreicht.

vgl. *BP The Week in Review*, 7.-13.2.99, 14.-20.3.99; *BP Online*, 23.2.99, 1.4.99, 14.4.99

## HIV/AIDS

Während die Nation den Welt-AIDS-Tag zelebrierte, veröffentlichte das Gesundheitsministerium alarmierende Zahlen über den Ausbreitungsgrad der Krankheit. Bis zum 31.10.1998 wurden offiziell rund 100.000 Fälle mit der ausgebrochenen Immun-

munschwäche gemeldet. Über 27.000 Menschen starben aufgrund von AIDS. Nach Schätzungen sind zwischen 800.000 und 1 Mio. Personen in Thailand HIV-Positiv.

vgl. *BP The Week in Review*, 29.11.-5.12.1998